

# Riefner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verleger: Riefner Verlag  
Gesetzl. Nr. 22

Das Riefner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Kreisverwaltungsämter Großschauen, des Kreisgerichts, der Kreisverwaltung beim Kreisgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Gesundheitsamts Riesa.

Postfachamt: Dresden 1380  
Stroße Riesa Nr. 22

Nr. 21.

Mittwoch, 26. Januar 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riefner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Sonntagspreis gegen Voranzahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Umzuges von Bestellungen oder Änderungen, Erklärungen der Abnehmer und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Tagesblattes (bis 3 Uhr vormittags) und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 2 mm hohe Grundzeile (6 Zeilen) 20 Pfennig; die 20 mm breite Restzeile 100 Pfennig; abwärts abnehmend und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Gewählter Rabatt erfolgt, wenn der Betrag vorläufig, durch Kasse eingezahlt werden muß oder der Auftraggeber in Kasse zahlt. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtung! Unterhaltungsbeilage "Spazier an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger unvorhersehbarer Ereignisse, des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Verlegerinseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Fortsetzung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Rieger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Götzestraße 22. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hübmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Glätz, Riesa.

## Die Verhandlungspunkte des Reichstages.

Die Verhandlungen des Reichstages haben sich infolge der starken Inanspruchnahme der Reichstagsmitglieder durch die Besprechungen über die Regierungsneubildung dahingehend gelichtet, ohne daß man sich bereits an die großen politischen Aufgaben herangewandt hätte. Es sollte den Fraktionen lediglich Gelegenheit gegeben werden, sich zu dem Verlauf der Verhandlungen zu äußern. Ohne Bedenken kann jetzt mit Rücksicht auf die Wochen in Thüringen die kurze Verhandlungspause des Reichstages eintreten, da die einzige gangbare Lösung der Regierungstrife in der Bildung einer Reichskoalition gefunden ist und nur die Parteien ständig Sitzungen abhalten müssen, die für die Reichskoalition in Betracht kommen.

Innerhalb der deutschnationalen Reichstagsfraktion besteht volle Einmütigkeit darüber, daß nichts unberücksichtigt bleiben darf, um in die Regierung hineinzukommen. Scheinbar macht es aber noch Mühe, die Zustimmung der verschiedenen Richtungen innerhalb der Partei zu dem Programm des Reichstages zu erhalten, in diesem gilt insbesondere für die Forderung der Anerkennung der Reichsforsten Schwarz-rot-gold, der Verfassung in ihrer jetzigen Form und der außenpolitischen Richtlinien. Die Deutschnationalen hoffen, daß es ihnen im Laufe der Zeit gelingen wird, ihren Einfluß im Kabinett so stark geltend zu machen, daß ein Teil des deutschnationalen Parteiprogrammes dennoch mit Erfolg durchgeführt werden kann. Sie beanspruchen im Kabinett drei Ministerposten, darunter den wichtigen Posten des Reichsinnenministers, dem es obliegt, die noch unerledigte Schulfrage, die Wahlrechtsreform und die Ausführungsbestimmungen zum Artikel 48 schnellstens durchzuführen. Die Bestrebungen der Deutschen Volkspartei in kulturpolitischer Hinsicht werden bei den Deutschnationalen weder geteilt noch verstanden. Jedenfalls liegt ihnen viel daran, nach außen hin einen Schein des Kampfes der Regierungstrife zu vermeiden. Während der kurzen Pause des Reichstages hoffen die Deutschnationalen die Führer der Deutschen Volkspartei davon überzeugen zu können, daß sie bestrebt sind, alle kommenden Gesetze im vollen Einklang mit der gesamten Regierungsneubildung zu erledigen und einen Dienst innerhalb der Regierung zu vermeiden. Die Bestrebungen der Liberalen Vereinigung, die politischen Wünsche der Deutschen Volkspartei und der Demokraten im Interesse des Liberalismus einander anzueignen, sollen in den nächsten Tagen fortgesetzt werden. Auf diese Bemühungen wird auch das Gericht zurückzuführen, daß die Demokraten eine endgültige Abgabe ihrer Beteiligung an der bürgerlichen Wehrheitsregierung nicht gegeben haben und auf Grund des Zentrumsmantelwortes oder des Regierungsprogrammes, falls es sich mit ihm deckt, bereit wären, in der Regierung mitzuarbeiten. Das Zentrum würde diese Lösung durchaus begrüßen, da die neue Regierung dann eine so sichere Wehrheit hinter sich hätte, daß auch die Opposition der Sozialdemokraten und Kommunisten ohne Erfolg bestehen müßte. Es läßt sich also im Augenblick noch gar nicht übersehen, welche Formen die Regierungsneubildung während der kurzen Vertagung des Reichstages annehmen wird. Die Unübersichtlichkeit des jetzigen Standes der Kabinettsbildung wird verstärkt durch die Vereinbarung der Verhandlungsführenden Parteien, über die einzelnen Fraktionsführungen keine Kommuniqués auszugeben, aus deren Inhalt man auf die sachlichen Schwierigkeiten Rückschlüsse ziehen könnte.

## Eine Regierungsdenkschrift über das deutsche Arbeitsbeschaffungs-Programm.

Die Regierung hat dem Reichstag eine Denkschrift des Reichsarbeitsministeriums über die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Reichsregierung vorgelegt, wonach sich die Abwicklung des Arbeitsbeschaffungsprogrammes besonders günstig bei der Reichsbahn gestaltet und auch bei der Reichspost das Programm ohne wesentliche Hemmnisse durchgeführt werden konnte. Auch bei den Wasserbauarbeiten sind die Arbeiten sehr zum größten Teil aufgenommen. Das Ziel bei den Maßnahmen zur Förderung des Wohnungsbauwesens ist im großen und ganzen erreicht worden. Öffentliche Arbeitsarbeiten sind auf Grund des Programmes der Länder mit insgesamt 29,42 Millionen Tagewerken genehmigt worden, zu deren Förderung 240 Millionen Mark ausgesetzt sind. Die Straßenbauten bilden dabei einen Gesamtwert von rund 200 Millionen. Die Deutsche Bodenkultur Aktiengesellschaft hat mit Hilfe von Darlehen die Walloration von rund 200.000 Hektaren ermöglicht. Für die Siedlung im Osten sind fünfzig Millionen angeworben. Die Denkschrift behandelt dann noch die Maßnahmen zur Exportförderung und für die Exportkreditversicherung. Von letzterer sind bisher Versicherungen über etwa zwei Millionen Auslandsgeschäfte im Gesamtwert von über 25 Millionen Mark genehmigt. Für das Haushaltsjahr 1926 seien 830 Millionen für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ausgesetzt gewesen. Bisher brauchte der Arbeitsbeschaffungsstellen noch nicht in Anspruch genommen zu werden. Die Denkschrift betont noch die günstigen Wirkungen für die Volkswirtschaft.

## Der Stand der Regierungstrife.

Der Herr Reichstagspräsident Dr. Marx verhandelte auch am Dienstag mit den Fraktionsführern der für die neue Koalition in Aussicht genommenen Parteien.

Die wirtschaftliche Vereinigung beschloß in einer Fraktionsführung, sich an der neuen Regierung nicht zu beteiligen, aber möglicherweise Neutralität zu übernehmen, solange die Forderungen des Mittelstandes von der neuen Regierung gebührend berücksichtigt würden.

Dr. Wirth und der Zentrumsvizepräsident Joss hatten in Leitungsartikeln angekündigt, daß das Zentrum den für die Regierungsbildung in Betracht kommenden Parteien gewisse Richtlinien auf Grund des bekannten Zentrumsmantelwortes gewissermaßen als Bedingung für die Regierungsübernahme vorlegen würden. Dr. Marx hat allerdings den Deutschnationalen und der Volkspartei einen Entwurf unterbreitet, der aber offenbar noch nicht die endgültigen Richtlinien darstellt. Diese sollen vielmehr, wie wir hören, erst heute Mittwoch vormittag von der Zentrumsfraktion endgültig beschlossen werden.

Der Demokratischen Fraktion wurden von Dr. Marx keine Richtlinien vorgelegt. Die Fraktion verweigerte deshalb ihre Sitzung auf Mittwoch vormittag, um dann auf der Grundlage der endgültigen Richtlinien zu der Frage Stellung zu nehmen, ob sie sich an der Regierung beteiligen könne. Bisher besteht freilich bei den Demokraten wenig Neigung dazu.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei nahm am Dienstag abend den Bericht ihres Vorsitzenden, Dr. Scholz, über die Verhandlungen mit Dr. Marx entgegen. Es wird angenommen, daß die materiellen Verhandlungen über die Regierungsneubildung am Donnerstag endgültig abgeschlossen sein werden, so daß man sich dann über die Vertiefung der Ministerposten unterhalten kann.

## Eine neue Störung der Verhandlungen?

Die an sich gewiß nicht leichten Verhandlungen zur Überwindung der Regierungstrife haben eine neue Störung erfahren durch einen Konflikt, der zwischen dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei entstanden ist durch Bemerkungen in vorkommenden Blättern und durch die bekannte Rundgebung der Liberalen Vereinigung.

Die Zentrumsfraktion beschloß am Dienstag abend mit diesen Dingen und sah dabei eine sehr scharfe geistige Entschärfung, die mit den Worten beginnt: „Mit Stimmens und Entschlossenheit nimmt die Fraktion Kenntnis von den geistlichen Äußerungen vorkommender Blätter über kulturpolitische Verhandlungen und Abmachungen des Zentrums mit deutschnationalen Kreisen“. Solche Verhandlungen, so wird weiter erklärt, hätten niemals stattgefunden. Die Äußerungen müßten die Atmosphäre vergiften und die laufenden Verhandlungen auf das ernstliche Führen. Die Verantwortung für die möglichen Folgen eines solchen Vorwurfs müßten die Urheber der Äußerungen tragen. Die Zentrumskundgebung verweist dann auf das bekannte Mantelwort, dem nichts hinzuzufügen sei.

## Berliner Vorkommnisse.

Berlin. In den Abendverhandlungen der Vertreter der Deutschnationalen mit Dr. Marx, Dr. Brauns und Dr. Stresemann am gestrigen Dienstag vermag der Sozialminister noch zu melden, daß sie vorbehaltlich zweier perspektivischer untergeordneter Punkte, zu einer völligen Einigung über das Regierungsprogramm gefähig sind. In der Formulierung des außenpolitischen Programmes handelte es sich um ein bestimmtes Wort. Heute sollte die aus den Abgeordneten Wirth, Joss und Reichsarbeitminister Brauns bestehende Zentrumskommission darüber beschließen, ob die vorgelegene Fassung für das Zentrum tragbar sei. — Der Sozialminister stellt fest, daß der gestrige Tag die Lösung der Regierungstrife ein Stück weitergebracht habe. — Die Germania stellt fest, daß noch kein Endergebnis erzielt worden sei. Erst das Endergebnis werde zeigen, ob sich aus den Verhandlungen eine genügend tragfähige Regierung von den Deutschnationalen bis zum Zentrum ergebe. — Die Deutsche Allgemeine Zeitung meint, daß die Verhandlungen über die Richtlinien für die Politik des neuen Kabinetts bis auf 3 Hauptpunkte zum Abschluß gebracht seien. Ueber die noch ausstehenden, nämlich geringfügigen Punkte besteht Aussicht, noch am heutigen Mittwoch zu einer Einigung zu kommen. Die Hauptpunkte betreffen

## Staatshaushaltplan 1927.

Dresden. Der Staatshaushaltplan für 1927 wird, wie wir erfahren, in den nächsten Tagen dem Landtag vorgelegt. Wie schon allgemein angenommen wurde, wird er einen Schlußbetrag aufweisen, der aber gegenüber demjenigen von 1926 gering zu nennen ist. Während für 1926 das Defizit sich bereits im November auf 97 Millionen stellte, zeigt der Staatshaushaltplan für 1927 vorläufig nur ein solches von ca. 25 Millionen M. Es ist beachtlich, die schwebende Schuld von 1926, also ca. 100 Millionen, durch Umwandlung in eine Anleihe zu fundieren. Da die Vertagung des Haushaltplanes kaum vor den Pfingstferien

Frage der Außenpolitik und Verfassungsprobleme. — Die Deutsche Tageszeitung sagt, es scheint, als ob es für die Frage der Außenpolitik noch sehr ausführlicher Beratungen bedürfte, um zu einer Einigung über die Methoden der außenpolitischen Führung zu kommen. — Das Berliner Tageblatt vertritt die Auffassung, daß trotz der noch zu überwindenden Schwierigkeiten ein ernsthaftes Einverständnis für das Zustandekommen der Reichskoalition wohl kaum noch vorhanden sein werde. Die das Blatt erfährt, wird die demokratische Reichstagsfraktion nicht in die Regierung eintreten. Es besteht jedoch die Möglichkeit, daß Reichsfinanzminister Dr. Reinhold für seine Person bereit sein würde, das bisherige Amt auch in der neuen Regierung zu behalten.

## Dr. Marx beim Reichspräsidenten.

Berlin. (Funkspruch.) Die das Reichsbüro aus parlamentarischen Kreisen erfährt, empfing Reichspräsident von Hindenburg heute vormittag 10.15 Uhr Reichstagspräsident Dr. Marx, der ihm aus dem gegenwärtigen Stand seiner Bemühungen um die Regierungsneubildung Bericht erstattete. Nach seinem Besuche beim Herrn Reichspräsidenten besaß Dr. Marx dann, wie das Nachrichtenbüro des Reichstages mitteilt, die Reichstagspräsidenten Dr. Stresemann und Dr. Brauns nahmen ebenfalls an den Verhandlungen teil. Bei den Verhandlungen mit den Deutschnationalen waren zugegen Graf Beckers, Wallraf, Rappell, von Goldacker und Treitschke.

## Die heutigen Besprechungen.

Berlin. (Funkspruch.) Kurz nach 11 Uhr berichtete Reichstagspräsident Dr. Marx zunächst dem bekannten Redaktionskomitee der Zentrumsfraktion über die gestrigen Programmverhandlungen mit den Deutschnationalen. Dann hielt er eine Besprechung ab, an der, wie das Nachrichtenbüro des Reichstages erfährt, neben Mitgliedern der Deutschnationalen und dem Zentrum auch von der Deutschen Volkspartei die Abgeordneten Dr. Scholz, Dr. Japs, von Brüninghaus und Remkes teilnahmen. Vom Zentrum waren auch die Verhandlungsführer Esser, von Gierard, Stegmann und Joss zugegen. — Die Minister Dr. Stresemann und Dr. Brauns nahmen ebenfalls an den Verhandlungen teil. Bei den Verhandlungen mit den Deutschnationalen waren zugegen Graf Beckers, Wallraf, Rappell, von Goldacker und Treitschke.

In der gleichen Zeit hielten die Demokraten eine Fraktionsführung ab. Die aus parlamentarischen Kreisen vertretene Leitung dieser Fraktionsführung die programmatischen Richtlinien von Dr. Marx noch nicht vor. Die Deutschnationalen sehen nämlich auf dem Standpunkt, daß vorher die Demokraten grundsätzlich ihre Bereitwilligkeit erklären müßten, um gemeinsam mit den Deutschnationalen in einer Regierung zu sitzen.

Berlin. (Funkspruch.) Die Wirtschaftliche Vereinigung wird sich heute nachmittags nochmals in einer Fraktionsführung mit der Regierungsneubildung beschäftigen. Wie das Nachrichtenbüro des Reichstages erfährt, besteht trotz der früheren Fraktionsbeschlüsse noch immer die Möglichkeit, daß die Wirtschaftliche Vereinigung an der neuen Regierung teilnimmt.

Berlin. (Funkspruch.) Vor der Parteiführerbesprechung hatte, wie das Nachrichtenbüro des Reichstages erfährt, Reichsinnenminister Dr. Stresemann eine kurze Unterredung mit dem demokratischen Reichsfinanzminister Dr. Reinhold.

Berlin. (Funkspruch.) Die Fraktionsführung der demokratischen Reichstagsfraktion, die um 11 Uhr vormittags zusammentrat, wurde, wie das Nachrichtenbüro des Reichstages erfährt, sofort auf 1 1/2 Stunden später vertagt, weil die programmatischen Richtlinien des Reichstagspräsidenten noch nicht vorliegen.

## Dr. Koch bei Stresemann.

Berlin. (Funkspruch.) In der 2. Nachmittagsstunde hat Reichsminister des Innern Dr. Stresemann den demokratischen Fraktionsführer Dr. Koch-Weser zu einer etwa 1/2 Stunden dauernden Unterredung. Die gleich darauf stattfindende Fraktionsführung der Demokratischen Partei wurde wiederum bis 4 Uhr vertagt, weil die programmatischen Richtlinien des Reichstagspräsidenten der Fraktion noch immer nicht vorgelegt werden konnten.

beendet sein dürfte, der Landtag aber zur Aufnahme der Anleihe seine Zustimmung geben muß, dürfte erst im Juli oder August mit der Auffassung der Anleihe zu rechnen sein, was übrigens im Hinblick auf die Zinsentwicklung für den Staat nur von Vorteil sein kann.

## Nach Norwegen rüftet weiter.

Oslo. Der Storting lehnte einen Antrag auf Abrückung und einen weiteren auf Beschränkung des Militärbudgets auf höchstens 25 Millionen Kronen ab. Zugleich wurde beschlossen, daß die neue Verordnungsgebung, die einen Kostenaufwand von 40 Millionen Kronen erfordert, baldigst ausgearbeitet werden soll.